

Jens Gnisa

POLITIK SELBER MACHEN!

Warum ich mein Richteramt aufgabe
und in die Politik gehe

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

Meiner Heimat Lippe



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2020
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlagkonzeption: Verlag Herder
Umschlagmotiv: © CDU Lippe
Satz: Daniel Förster, Belgern
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-07219-2
ISBN E-Book: 978-3-451-82131-8

INHALT

WARUM WIR EINEN NEUSTART DER DEMOKRATIE BRAUCHEN

Vorwort 7

I. PERSÖNLICHE ERFAHRUNGEN 13

Mein Weg vom Richter zum Politiker 13

Meine politischen Lehren 21

 Die Führung fehlt 21

 Der Kritiker ist der Star 24

 Neid ist gesellschaftsfähig geworden 29

 Im Zwangsgriff der Moral 31

 Der Empörungswettstreit wird immer schriller 37

 Verfehlt Themenetzung 40

II. WO DIE GRUNDPROBLEME LIEGEN 45

Grundproblem I: Das Volk stört die Verantwortlichen . 45

 »Die Bürger verstehen das nicht« 46

 Die Missachtung des Alltagswissens 53

 Persönliche Angriffe statt sachlicher Kritik 55

 »Werte« statt Recht 57

 Der Populismusvorwurf 59

Grundproblem II: Die Medien berichten zu einseitig ...	62
Die klassischen Medien verlassen ihre Position	62
Das Internet füllt die mediale Lücke nicht	68
Grundproblem III: Die Bürger begeben sich in Unmündigkeit	73
Grundproblem IV: Die Entscheidungsprozesse verschwinden in den Hinterzimmern	78
Grundproblem V: Das Sicherheitsdenken greift um sich	81
Grundproblem VI: Die Verengung des Entscheidungsspielraums durch Rechtsverdichtung ..	90

III. DIE VERANTWORTUNGSREPUBLIC:

POLITIK SELBER MACHEN!	99
Debatten führen und aushalten	103
Eine Kultur des Respekts pflegen	104
Weniger moralisieren	106
Die Angstkultur überwinden	108
Mehr Fehler zulassen	110
Mehr Mut zur Führung	114
Weniger Recht – mehr Freiraum für Verantwortung ...	117
Qualität in den Medien halten	119
Das Volk als Souverän ernst nehmen	121

JEDER IST GEFORDERT

Schluss	125
---------------	-----

ÜBER DEN AUTOR	127
----------------------	-----

WARUM WIR EINEN NEUSTART DER DEMOKRATIE BRAUCHEN

Vorwort

Unsere Demokratie ist in einer Krise. Es kostet uns allerdings große Überwindung, dies ehrlich zuzugeben. Warum? Weil Phasen der Veränderung auch immer Angst machen? Weil wir die Dinge deshalb vor uns herschieben, gar verleugnen? Vielleicht. Aber Krisen sind auch immer Chancen. Diese müssen wir jetzt nutzen.

In die Phase des Zweifels fällt die Corona-Krise. Sie wird unsere Welt verändern. Die Digitalisierung steht vor einem Sprung, unser Wirtschaftssystem vor Umbrüchen. Das macht vielen Sorgen. Aber es gibt auch gute Nachrichten: Wir sind uns wieder bewusster, was wirklich wichtig im Leben ist. Einerseits ein starker Staat, der uns schützen kann. Aber vor allem soziale Kontakte: Familie, Freunde, auch die Heimat. Der Zusammenhalt ist gestärkt. Plötzlich wissen wir wieder, was wirklich zählt. Das finde ich großartig.

Auch unsere Demokratie werden wir reformieren müssen. Sie zeigte jedenfalls bis zur Corona-Krise seit langem deutliche Verfallserscheinungen. Niedrige Zustimmungswerte für die Politik, Vertrauensverlust in die staatlichen Organe, ein Klima, in dem viele Bürger eine offene Debatte gar nicht mehr für möglich

halten, Hass und Hetze, die sich bis hin zu Mordanschlägen steigerten. Unsere Demokratie ist in einen Sog nach unten geraten. Berlin ist zwar nicht Weimar. Ein Scheitern unserer Demokratie ist aber trotzdem möglich. Corona verschafft unserer Demokratie zwar auf Grund der gestiegenen Zustimmungswerte etwas Luft. Aber wir dürfen uns nicht selbst täuschen. Wenn wir nicht an die Strukturen gehen, dann wird die Politik wieder in das Stadium des freien Falls zurückkehren.

Ich schreibe dieses Buch, um mitzuhelfen, genau das zu verhindern, und um meine Erfahrungen als ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Richterbundes und als Richter mit 30-jähriger Berufserfahrung einzubringen. Und ich möchte mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb gehe ich in die Politik. Dahin, wo es wirklich brennt. Meine Erfahrung sagt mir: Wir können optimistisch sein. Wir müssen aber nun darangehen, ernsthafte und tiefgreifende Reformen einzuleiten. Diese Reformen können nur von den Bürgern selbst angestoßen werden. Die Bürger dürfen nicht einfach abwarten. Nein, jeder ist gefordert. Denn es geht um unsere Demokratie, die hart errungen werden musste. Ich bin fest überzeugt, unsere Demokratie kann gerettet werden, wenn wir uns alle wieder verantwortlich fühlen und engagieren. Wenn wir Politik also selber machen.

Am 31. Dezember 2019 bin ich vom Bundesvorsitz des Deutschen Richterbundes zurückgetreten, um als Landrat in meiner Heimat, dem Kreis Lippe, zu kandidieren. Das ist ungewöhnlich. Ich war in Berlin angekommen, wieso dann wieder zurück auf die kommunale Ebene? So manch guter Freund stellte mir diese Frage. Der Deutsche Richterbund ist die größte Vereinigung von Richtern und Staatsanwälten in Europa. Sein Vorsitzender hat ein Spitzenamt in Berlin. Er findet direkten Zugang zu den Ministern, ist Delegationschef der Deutschen Richterschaft auf internationalen Kongressen und bekommt eine Einladung zum

Bundespresseball. Man gehört »dazu«. Das alles aufgeben für die Aussicht, Landrat werden zu können? Schon in den Reaktionen auf diesen Schritt wurde aber die Spaltung unserer Republik deutlich. Das hat mich bestärkt zu handeln. Während die Kollegen in erster Linie eher ungläubig fragten, warum ich denn das Amt aufgäbe, gratulierten mir die Bürger zu meinem Mut. Mut, um für ein Wahlamt zu kandidieren – in einer Demokratie? Das fand ich sonderbar. Dahinter steht aber die Sorge der Bürger, dass Menschen, die klar ihre Meinung sagen, schnell persönlich angegriffen und zerrieben werden. Dass man als Quereinsteiger keine Chance hat. Darf diese Sorge in einer Demokratie so stehen bleiben? Mit Sicherheit nicht! Ich sehe es auch anders: Was gibt es Schöneres, als mit den vielen Erfahrungen, die ich gewonnen habe, beruflich in die Heimat zurückkehren zu dürfen?

Ich kann helfen, die Dinge wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. In unserem Land läuft einiges gehörig falsch – aber ganz anders, als man in den Medien hört. Es geht weniger um die vielbeschworene Spaltung in Links und Rechts, sondern in Verantwortliche – den missverständlichen Begriff »Elite« werde ich in diesem Buch vermeiden – einerseits und die Bürger andererseits, jedenfalls in Berlin. 25 Jahre habe ich als Funktionär im Richterbund gekämpft. Ich bin vom Bezirksgruppenvorsitzenden über den Vorsitz im Land Nordrhein-Westfalen bis schließlich zum Bundesvorsitzenden aufgestiegen. Stets habe ich auf die Gefährdungen des Rechtsstaats hingewiesen. Das war richtig. Aber erst nachdem ich den Bundesvorsitz des Deutschen Richterbundes übernommen und fast vier Jahre geführt habe, wurde mir klar: Weniger der Rechtsstaat ist in Deutschland gefährdet als vielmehr die Demokratie. Wir müssen viel tiefer in die Probleme eindringen, um sie lösen zu können. Dazu brauchen wir Mut, offene Debatten, auch harte Entscheidungen. Unsere so lange vom Wohlstand verwöhnte Gesellschaft scheint es sich bequem gemacht zu haben. Die Probleme beginnen im Machtzentrum. Die berühmte

»Berliner Blase« – ich habe sie miterlebt, es hat mich fast zerrissen. Als Direktor des Amtsgerichts Bielefeld bin ich ein Mann der Basis. Ganz bewusst habe ich mich in meiner Justizkarriere dazu entschieden, vom Oberlandesgericht wieder in die erste Instanz zurückzugehen. Wie oft hatte ich mir vorgenommen, die Dinge, die an der Basis nicht laufen, schonungslos in Berlin vorzutragen. Wie oft bin ich morgens mit dem ICE in meiner Heimat motiviert gestartet, um am nächsten Tag mit dem Gefühl, nur in Berlin läuft es richtig, wieder zurückzukehren. Zuhause erwartete mich dann wieder die Realität. Die Stimmung in Berlin nimmt einen ein. Man spürt dort nicht mal den eigenen Richtungswechsel. Schnell, aber für einen selbst fast unmerklich vollzieht er sich und bewirkt das, was wir alle beklagen: Bürgerferne. Die Bürger sprechen von der Berliner Blase. Auch vielen Abgeordneten, die ihren Wählern im Wahlbezirk Rede und Antwort stehen müssen, geht es so. Selbst wenn sie ein Direktmandat gewonnen haben. Ein Beispiel für die Veränderung durch die Blase Berlin ist für mich Horst Seehofer. Als Vertreter einer harten Linie gegenüber den Flüchtlingen kam er als Innenminister nach Berlin und machte sich binnen weniger Monate Positionen zu eigen, die er kurz zuvor noch heftig bekämpft hatte. So warb er etwa Anfang März 2020 für die europäische Aufnahme von rund 5000 Kindern und Jugendlichen aus griechischen Flüchtlingslagern und für eine Koalition der Willigen in der EU. Im Oktober 2019 hatte er schon mit dem Vorschlag von sich Reden gemacht, ein Viertel der in Seenot geretteten Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Noch im Juni 2018 hatte derselbe Horst Seehofer verlangt, dass in anderen EU-Ländern registrierte Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden müssten. Zeitweise sah es so aus, als wenn daran die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU scheitern würde. Der Streit zwischen dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus und Horst Seehofer am 8. März 2020 in Berlin war typisch. Seehofer befürwortete die Aufnahme

von Flüchtlingen von der griechisch-türkischen Grenze, Brinkhaus meinte, dass er das seinen Wählern nicht mehr begreiflich machen könne. Brinkhaus muss einen Wahlkreis verteidigen. Er ist naturgemäß näher bei den Bürgern. Seehofer muss das nicht mehr und wird von Beamten beraten, die wiederum selbst Teil der Blase sind. Der Konflikt ist in den Strukturen begründet.

Es muss sich etwas tun. Die für den Staat Verantwortlichen und die Bürger, sie dürfen nicht noch weiter auseinanderdriften. Wertgeschätzt wird die Meinung der Bürger von vielen Verantwortlichen eher weniger. Man weiß es besser. Die Bürger spüren das und rächen sich; in der Wahlkabine, durch wirklich hässliche Kommentare in den Sozialen Medien oder ganz einfach durch Rückzug auf das Sofa. Die Dinge haben sich verselbständigt. Emotional bin ich in den letzten Jahren bei den Bürgern angekommen. Das führte zu so manchem Unverständnis in den eigenen Reihen.

Ich bin überzeugt: Diese Gegensätzlichkeit gefährdet unsere Demokratie. Diese Gegensätzlichkeit sorgt dafür, dass Politiker mit einfachen Lösungen nach oben gespült werden. Wir kennen sie aus andere Ländern: Trump, Boris Johnson, Orbán, Erdoğan – oder bei uns die AfD. Allen ist gemeinsam, dass sie das Volk gegen die Verantwortlichen in Stellung bringen. Sie tun das aus Macht-hunger. Was aus dem Volk wird, ist ihnen egal. Ich möchte daran mitwirken, das zumindest für Deutschland zu verhindern. Denn eins steht für mich fest: So weit sind wir davon auch nicht mehr entfernt. Ich gehe jede Wette ein: Auf einen Bundeskanzler Robert Habeck würde ein deutscher Trump folgen.

Meine Erfahrungen zeigen mir aber auch: Es gibt noch einen Politikbereich, der weitgehend funktioniert. Dieser Bereich ist bürgernah, trotz politischer Gegensätze sachorientiert und vom ehrenamtlichen Engagement getragen: die Kommunalpolitik. Sicher, auch hier mag es Verkrustungen geben. Aber hier habe ich die Demokratie als wirklich intakt erlebt. Was liegt also näher, als von den Kommunen aus einen neuen Versuch für durchgreifende

Reformen zu starten? Zumindest in der Heimat, aber vielleicht auch über den Modellcharakter der eigenen Region eine neue politische Strömung in Gang zu setzen. Schon direkt nach dem letzten Krieg wurde Deutschland von den Kommunen aus wieder aufgebaut. Ein ehemaliger Bürgermeister – Konrad Adenauer – wurde Bundeskanzler. Der tiefere Sinn erschließt sich mir erst jetzt. Wir müssen erneut eine Aufbauleistung erbringen, eine Aufbauleistung für unsere Demokratie. Dies kann nur von der Basis aus geschehen. Die Zeit ist dafür jetzt günstig. Eine von den Verantwortlichen abgeschirmte, wattierte Demokratie wird auf Dauer keinen Bestand haben. Eine kluge Politik braucht nämlich die Bürger, mit denen sie auf Augenhöhe diskutiert. Entweder Politikern und Bürgern gelingt es wieder, an einem Ziel zu arbeiten, oder unsere Republik wird keinen Bestand haben. Schaffen wir es, von der Basis, von den Kommunen, aus der Provinz eine Reformwelle anzustoßen und unsere Demokratie zu retten?

I. PERSÖNLICHE ERFAHRUNGEN

Mein Weg vom Richter zum Politiker

Das hatte ich mir anders vorgestellt. Ich saß an einem Sonntagnachmittag im Jahr 1995 in meinem Arbeitszimmer meines gerade neu bezogenen Hauses, meine schwangere Ehefrau und die beiden Töchter warteten auf ihren Papa, um etwas zu unternehmen, doch der war in Aktenbergen versunken. Keine Ausnahme, sondern der Regelfall. Die Dezernate eines Zivilrichters beim Amtsgericht Paderborn lagen bei über 400 unerledigten Fällen, jeden Monat kamen rund 80 hinzu. Diktate und Protokolle benötigten in der Kanzlei mindestens drei Wochen, so dass man sich bei der Vorlage erst einmal an den Fall zurückerinnern musste. Man musste mit strenger Disziplin gegen diese Flut anarbeiten, auch sonntags – anders ging es nicht. Allerdings war ich nicht Richter geworden, um juristische Fließbandarbeit zu leisten. Ich entschloss mich an diesem Tag, die Dinge zu ändern, und machte mich auf den Weg. Es sollte ein Weg bis in die Spitze eines traditionsreichen Verbandes werden, des Deutschen Richterbundes. Noch im Jahr 1995 übernahm ich den Vorsitz in der Bezirksgruppe Paderborn und konnte erste regionale Akzente setzen. Doch schon mein erster Zeitungsartikel zur Überlastung der Justiz im *Westfälischen Volksblatt* – Ausgabe Paderborn – brachte mir einen Rüttel ein und so saß ich am Folgetag im Zimmer des Vizepräsi-

dentem des Landgerichts und musste mich rechtfertigen. Interne Probleme sollten doch bitte intern bleiben. Waren die Folgen der Arbeitsüberlastung für die Bürger wirklich intern?

Juristen glauben unerschütterlich an die Überzeugungskraft von Sachargumenten. Seit jeher neigen sie aber auch dazu, diese im Sitzungssaal völlig richtige Handhabung auf den Umgang mit den Medien und der Politik zu übertragen. Kommen sie mit den Argumenten dort nicht durch, dann feilen sie weiter an ihren Stellungnahmen, bringen neue Gesichtspunkte und weitere Statistiken, Länder- und internationale Vergleiche ein. Juristen mögen keine Vermarktung jenseits des Sacharguments. Mein Engagement brachte mir einen Ruf in den Landesvorstand NRW des Richterbundes ein. Einmal im Jahr trugen wir zum Beispiel in Düsseldorf vor dem Unterausschuss Personal – einem Unterausschuss des Haushaltsausschusses – vor. Gewappnet mit Zahlen, Statistiken und Erhebungen. Zu unserer Überraschung hatten wir mit unserem sachbezogenen Stil nicht den geringsten Erfolg. Das waren die Zeiten, in denen der Deutsche Richterbund auch nach außen noch wenig bekannt war. Ich kann mich an einen Artikel erinnern, in dem wir gar mit einem Geheimbund verglichen wurden – öffentlichkeitsscheu und ohne den Anspruch, wirklich auf die Bürger zuzugehen. Das war übertrieben, aber so ganz falsch fand ich es nicht. Im Jahr 2002 wurde ich stellvertretender Landesvorsitzender, Vorsitzende war Roswitha Müller-Piepenkötter. Wir entschlossen uns umzusteuern. Uns wurde klar: Wir müssen unsere Argumente besser verpacken. Eine offensive Medienarbeit sollte uns mehr Erfolg bringen. Wir machten eine Landespressekonferenz im Jahr 2003, gaben Interviews und Hintergrundgespräche.

Doch die Medien allein reichten nicht, wir mussten anders gegenüber der Politik auftreten. Und ich gab jetzt sogar Widerworte! In einem Gespräch mit dem Justizminister Wolfgang Gerhard verwies ich auf die zu geringe Ausstattung der Justiz. Mit

dem Erfolg, dass ich angebrüllt wurde, wie es mir seit meiner Bundeswehrzeit nicht mehr passiert war. Wir arbeiteten trotzdem weiterhin konstruktiv und machten Vorschläge für Verfahrensbeschleunigungen. Der Landtag reagierte hoch erfreut – anders als der Bundesverband des Deutschen Richterbundes. Der damalige Vorsitzende rief eine außerordentliche Bundesvorstandssitzung nach Kassel ein und es wurde ein Scherbengericht für Roswitha Müller-Piepenkötter und mich abgehalten. Die Meinung: Wir hätten mit unseren Vorschlägen in die Bundeskompetenz im Verband eingegriffen. Vorschläge etwa zur Prozessordnung seien dem Bundesverband vorbehalten. Wenn das jeder Landesverband täte, wären die Positionen naturgemäß oft gegensätzlich und dann würde der Verband nicht mehr ernst genommen. Das Glück kam uns zu Hilfe: Im Mai 2005 gab es eine schwarz-gelbe Koalition unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und unsere Landesvorsitzende Müller-Piepenkötter wurde überraschend Justizministerin. Wir waren stolz und euphorisch. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir in einer Landesvertreterversammlung in Münster, in der ich zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde, der neuen Ministerin frenetisch applaudierten. Die Hoffnung war überwältigend. Nur wenige Monate später brach die Stimmung ein. Noch im Wahlkampf hatte die CDU versprochen, keine weiteren Stellen in der Justiz zu kürzen, und legte nun ganz andere Pläne vor. Wir waren entsetzt.

Nachträglich gesehen waren unsere Hoffnungen naiv. Wir glaubten, dass eine Justizministerin, die quasi von uns gestellt würde, auch endlich unseren Argumenten zum Durchbruch verhelfen könne. Damit verkannten wir erneut das politische Geschäft, in dem es in erster Linie auf das Standing des Ministers, sein politisches Gewicht, seine Kontakte ankommt, weniger auf die Tragkraft seiner Argumente. Ich stand also vor einer persönlich schwierigen Frage: Sollen wir uns zu härteren Maßnahmen durchringen, ganz unabhängig von der persönlichen Bindung, ja

Freundschaft zu der Ministerin? Ich entschied mich mit dem Verband dafür, die neue Regierung mit einem Bruch des Wahlversprechens nicht durchkommen zu lassen. Wir fingen nur zaghaft an: Im Jahr 2006 riefen wir dazu auf, freiwillig samstags im Gericht zu arbeiten, um so zu dokumentieren, dass wir überlastet seien und stets am Wochenende arbeiteten. Eine typisch komplizierte Juristenidee würde ich heute sagen. Vermutlich auf diese Zeit gründet der Kollege Thorsten Schleif in seinem Buch »Urteil ungerecht« den überholten Vorwurf an den Deutschen Richterbund, dieser würde mit Wattestäbchen auf die Politik werfen. In der Tat, das war eher niedlich als ernst zu nehmen, und trotzdem trug mir schon allein diese Aktion wieder den Rüffel einer Landgerichtspräsidentin ein, die meinte, das ginge gar nicht. Es könne doch nicht extra für unseren Protest das Gericht am Samstag aufgeschlossen und dann noch geheizt werden. So beteiligten sich denn auch nur wenige Gerichte und die Aktion wäre fast gescheitert. Ich war nur knapp mit einem blauen Auge davongekommen. Nein, wir mussten zu überzeugenderen Protesten kommen. Deshalb riefen wir für den Herbst 2007 zu einer Demonstration im UCI-Kino in Düsseldorf auf. Es sollte die größte Richterdemostration in der Geschichte der Bundesrepublik werden. Wir erhielten Unterstützung von der damaligen Generalbundesanwältin Monika Harms und dem Tagesschausprecher Rainer Voss als Moderator. Die Ministerin war auch auf dem Podium. Das war genau die Aktion, auf die die Mitglieder gewartet hatten. Das Kino – immerhin 850 Plätze – musste wegen Überfüllung geschlossen werden. Ich bekam drinnen gar nicht mit, dass ganze Busladungen von Kollegen an der Tür abgewiesen werden mussten. Meine Rede wurde begeistert aufgenommen, die Podiumsdiskussion war für uns ein voller Erfolg – die Ministerin ging unter und verzieh mir dies nie. Später trat sie aus dem Richterbund aus – meinetwegen, wie mir zugetragen wurde. Und mir ist ein Satz in Erinnerung, damals Nebensache und in seiner Tragweite für mich erst

heute klar: Der persönliche Referent der Ministerin kam direkt nach der Veranstaltung, in der sie unter nicht ganz fairen Bedingungen ein Waterloo erlebt hatte, zu mir und fragte mich allen Ernstes: »War die Ministerin nicht toll?« Nein, ihr Auftritt hatte niemanden von uns überzeugt, vor allem hatte sie die Stimmung falsch eingeschätzt. Ich stellte mir vor, wie wohl die Lagebesprechung im Ministerium am nächsten Tag aussehen würde. Gäbe es irgend jemanden, der mit einem Minister nach einem solchen Auftritt in seinem Haus Tacheles reden würde? Die Wirkweise der Berliner Blase, ich habe sie an diesem Abend erstmalig in Düsseldorf gespürt.

Die Eintrittsformulare gingen uns im Kino aus. Nachdem der Verband trotz aller Bemühungen in den letzten zehn Jahren Mitglieder verloren hatte, kam es jetzt zu einer Eintrittswelle. Bei meinem Ausscheiden als Vorsitzender erreichten wir ein 25-Jahreshoch. Jetzt nahm ich mir höhere Ziele vor. Kurioserweise war ich jetzt Vizepräsident des Landgerichts Paderborn und nahm damit genau die Position ein, von der mir nach meinem ersten Artikel ein Rüffel erteilt worden war. Ein merkwürdiges Gefühl – aber auch die Chance, etwas anders zu machen, war da. Was lag jetzt näher, als in den Bundesverband zu wechseln und nach dem Scherbengericht in Kassel nun auch hier Reformen einzuleiten? Da meine Nachfolger, Reiner Lindemann und Christian Friehoff, in NRW den Kurs beibehielten, kam ich mit Rückenwind in das Präsidium des Deutschen Richterbundes. Ich wollte den Verband medial und politisch auch auf Bundesebene viel offensiver aufstellen, viel gewerkschaftlicher agieren. Der Richterbund wäre doch unschlagbar, wenn alle 25 Landes- und Fachvereinigungen dem erfolgreichen Beispiel aus NRW folgen würden. Mit dieser Überzeugung, ja naiven Selbstüberschätzung, wurde ich im April 2016 endlich Bundesvorsitzender. Sofort änderte ich die Medienstrategie des Bundesverbandes. Beispielsweise traten wir nun in Talkshows wie »hart aber fair« auf. Bisher hatte

der Verband dies zumeist abgelehnt. Die Gegner argumentierten: Solche Formate gäben für unsere doch eher sperrigen Argumente keinen Raum und deshalb dürfe man sich nicht darauf einlassen. Man werde dort nur vorgeführt. Doch auch hier hatte ich zunächst das notwendige Glück und schon die erste Sendung gelang – jedenfalls aus meiner Sicht. In dieser Stimmung habe ich den ersten großen Fehler meiner Amtszeit als Vorsitzender begangen. Wie selbstverständlich habe ich die Verhältnisse aus NRW einfach auf die anderen 24 Landes- und Fachvereinigungen übertragen und wollte sie zu ihrem Glück zwingen. NRW war für mich das leuchtende Beispiel. Warum sollte man dem nicht folgen? In dieser Stimmung habe ich vollkommen übersehen, dass es in anderen Bundesländern andere Traditionen gibt. Viele hielten die Medienarbeit für übertrieben, die politische Arbeit, wie wir sie machen wollten, für nicht seriös und verlangten eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen. Doch die Kritik wurde nur selten offen ausgesprochen. An einen Fall kann ich mich allerdings erinnern: Nach verschiedenen Fernsehauftritten gab es einen Brandbrief eines konservativen Landesverbandes, der lautete: »Gnissas Selbstdarstellung muss endlich enden – wir müssen zur seriösen Sacharbeit zurück.« Ich hielt das für den Versuch, sich wieder in die Ackerfurche zurückzuziehen, wieder den alten »Geheimbund« einzurichten. Ich richtete mich nicht danach und setzte noch einen drauf: Da die Bevölkerung vor allem nach der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 immer lautere Kritik am Rechtssystem äußerte und ich einen Vertrauensverlust in die Justiz befürchtete, wandte ich mich mit meinem im August 2017 erschienenen Buch »Das Ende der Gerechtigkeit« an die Bürger des Landes. Ich versuchte eine Doppelstrategie: Zum einen wollte ich den Bürgern die wirklichen Defizite unseres Systems erläutern, zum anderen wollte ich damit aber auch mittelbar die Politik unter Druck setzen, um endlich bundesweit für die notwendigen Besserungen zu sorgen. Was dann kam, hielt ich nicht